CDUaktuell

Das digitale Mitteilungsblatt des CDU- Kreisverbandes Bodenseekreis

November 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,
es ist uns wichtig, alle unsere Mitglieder an der inhaltlichen Ausrichtung der CDU Bodenseekreis teilhaben zu lassen. Aus diesem Grunde wurde in der "Zukunftswerkstatt" des Kreisverbandes beschlossen, einen reinen Inhaltsparteitag abzuhalten, in dem nicht langwierige Wahlen, sondern die Diskussion politischer Anträge im Mittelpunkt stehen soll. Die Arbeitskreise aber auch alle Ortsverbände, Vereinigungen und jedes einzelne Mitglied waren - und sind - aufgerufen, eigene Anträge zum Parteitag einzubringen. Wir hoffen, dass davon reger Gebrauch gemacht wird.
Ich lade Sie daher sehr herzlich zum Kreisparteitag 2018 ein auf

Samstag, 17. November 2018 um 10.00 Uhr
in das Dorfgemeinschaftshaus Überlingen-Bambergen
(Dorfstr. 29 – 88662 Überlingen-Bambergen)

Folgende Tagesordnung schlage ich vor:

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
TOP 2 Feststellung der fristgerechten und ordnungsgemäßen Einladung, Verabschiedung einer Geschäftsordnung
TOP 3 Grußworte
TOP 4 Bericht des Kreisvorsitzenden
TOP 5 Wahlen
a) des Tagungspräsidiums
b) des Schriftführers
c) der Mandatsprüfungskommission
d) der Antragskommission
TOP 6 Aussprache und Beratung der allgemeinen Anträge - Teil 1
TOP 7 ***„Wohin steuert unsere CDU?“***
Impulsrede des CDU Bezirksvorsitzenden und Parl. Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium,
Thomas Bareiß MdB
TOP 8 Aussprache und Beratung der allgemeinen Anträge - Teil 2
TOP 9 Schlusswort des Kreisvorsitzenden
Nationalhymne

Diskutieren Sie mit uns bei einem Weißwurstfrühstück über die aktuellen politischen Themen in der Partei und geben Sie uns Ihre Ideen und Anregungen mit auf den Weg.

Ich freue mich auf Ihr Kommen, herzliche Grüße

Volker Mayer-Lay

Grußwort des Kreisvorsitzenden

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

Zeit des Wandels

Lange wurde er gefordert, doch es bedurfte weiterer herber Wahlenttäuschungen bis er nun endlich in Aussicht gestellt wurde: Der personelle Wechsel an der Spitze unserer Partei. Die scheidende Parteivorsitzende Dr. Angela Merkel hat erkannt, dass der derzeitige Niedergang der Christdemokratie, der stetige Mitgliederschwund, die herben Umfrageergebnisse und Wahldesaster wie zuletzt in Hessen, oder das Erstarken der AfD auch eng verknüpft sind mit ihrer eigenen Person. Die großen Veränderungen in unserem Land – insbesondere der letzten drei Jahre – und das schwindende Sicherheitsgefühl führen viele Menschen auf die – teils einsamen – Entscheidungen der Kanzlerin zurück. Trotz aller Verdienste und Erfolge, die unter der Kanzlerschaft Merkel seit 2005 errungen wurden, der Schritt war jetzt notwendig und eigentlich bereits überfällig.
Und mit einem Mal vibriert sie wieder, unsere Partei. Als wäre sie aus einem Dornröschenschlaf erwacht. Lebendig fühlt sie sich an die CDU, wie viele Jahre nicht mehr. Und drei starke Kandidaten haben bereits ihren Hut in den Ring um die Nachfolge Merkels geworfen. Auch dieser Wettstreit dreier so unterschiedlicher Charaktere – Kramp-Karrenbauer, Merz und Spahn – befeuert die Aufbruchstimmung nur noch mehr. Das letzte Wort haben die über 1.000 Delegierten auf dem Bundesparteitag im Dezember dieses Jahres in Hamburg. Wer auch immer es sein wird: Er oder sie wird die Unionsflügel wieder alle zu integrieren haben, muss die Basis und ihre Meinung hören und respektieren und die Partei als starke Führungsperson repräsentieren. Endlich wieder.

Korrektiv im Asylrecht gefordert

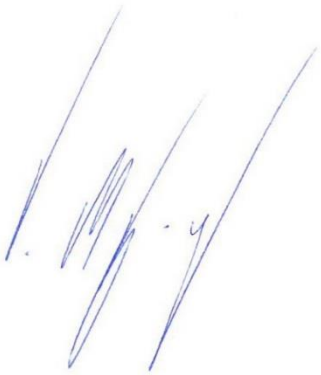
Erschreckend, traurig aber eben auffallend ist, wie oft Flüchtlinge bei Straftaten gegen das Leben, also Mord und Totschlag, bei schwerer Körperverletzung und Vergewaltigung tatverdächtig sind. Jeweils um die 15 Prozent aller Verdächtigen bei diesen Verbrechen sind Flüchtlinge. Die Zahl ist weit höher als ihr Anteil in

der Bevölkerung: Dies ein Auszug aus der Kriminalstatistik für 2017. Dass dieses Bild im aktuellen Jahr nicht beruhigender ausfällt, zeigen allein schon die verstörenden Nachrichten der letzten Monate. Die Vorsitzenden der befreundeten Kreisverbände aus Ravensburg, Reutlingen Mannheim und dem Bodenseekreis haben aus diesem Grunde gemeinsam ein Maßnahmenpaket zum Bundesparteitag eingebracht. Verkürzt dargestellt fordern wir eine Beschleunigung der Verfahren, eine Begrenzung der gerichtlichen Klagen gegen abgelehnte Asylbescheide auf eine Instanz, eine Regelausweisung für straffällige Asylbewerber und eine Beschleunigung der Rückführung. Nur so werden wir denjenigen gerecht werden können, die unseren Schutz tatsächlich brauchen und integrationswillig sind. Nur mit solchen konsequenten Maßnahmen werden wir auch wieder den Hass und die Wut der Rechtsextremisten bändigen können und die Akzeptanz für die Mehrzahl der friedliebenden Fremden in unserem Land erreichen können.

Die Nazi-Zeit verherrlichende Parolen, wie sie teilweise bei den Protesten in Chemnitz zu vernehmen waren, darf unsere Gesellschaft aber niemals auch nur im Ansatz dulden! Die Antwort auf Rechtsradikale kann aber auch niemals Linksradikalismus sein. So wünsche ich mir für die Zukunft, dass sich solche Auswüchse wie die Unterstützung des Deutschen Bundespräsidenten für den Auftritt einer linksextremen Punkband in Chemnitz nicht mehr wiederholen. Hassparolen von links gegen Hassparolen von rechts: Das erinnert allzu sehr an die 20er Jahre des letzten Jahrhunderts.

Der „Inhaltsparteitag“ steht an!
Mit dem Kreisparteitag am Samstag, 17. November um 10 Uhr in Überlingen-Bambergen geht eine Forderung der Zukunftswerkstatt der CDU Bodenseekreis in Erfüllung: Nicht langwierige Wahlen und lange Reden werden im Mittelunkt stehen, sondern die inhaltliche Ausrichtung des Kreisverbandes und die politische Diskussion. Rund 30 Anträge zu den verschiedensten Themenfeldern haben die Arbeitskreise, Vereinigungen und einzelne Mitglieder eingereicht. Ein Stück Basisdemokratie, wie wir es unseren Mitgliedern versprochen hatten.
In diesem Sinne: Diskutieren Sie mit!

Herzlichst Ihr



Volker Mayer-Lay

Aus dem Kreisverband

15.10.2018
CDU Bodenseekreis bringt beim Bezirksparteitag erfolgreich Antrag gegen Nachtflugverbot von Rettungshubschraubern ein

Die CDU Bodenseekreis war mit 19 Delegierten beim Bezirksparteitag der CDU Württemberg-Hohenzollern in Rottenburg am Neckar vertreten. Der CDU Kreisvorsitzende Volker Mayer-Lay – selbst Volljurist – wurde dabei in das parteiinterne Schiedsgericht gewählt, welches bei Streitigkeiten über Satzungsfragen zusammentritt. Neben einer Podiumsdiskussion zum Thema „Kommunen stärken – Zukunft schaffen“ und der Beratung über eingegangene Anträge, war EU Kommissar Günther Oettinger zu Gast.

Der Antrag der CDU Bodenseekreis zur Aufhebung des Nachtflugverbotes für Rettungshubschrauber wurde einstimmig angenommen. Nachdem das Thema bereits, trotz parteiübergreifender Bemühungen, seit Jahren nicht erfolgreich einer gesetzlichen Änderung zugeführt werden konnte, wählte die CDU Bodenseekreis den Weg, einen entsprechenden Antrag in Anwesenheit vieler Landtagsabgeordneter und Parteifunktionäre direkt in die Bezirkspartei einzuspeisen. Die medizinische Hilfe müsse Vorrang vor Lärmschutz haben, die entsprechende Gesetzeslage sei zu korrigieren, fordert der Antrag. Volker Mayer-Lay, Kreisvorsitzender der CDU Bodenseekreis, berichtet, dass der einzige Rettungshubschrauber in Baden-Württemberg, der eine Betriebserlaubnis für 24 Stunden habe, in Villingen-Schwenningen stationiert sei und aus Lärmschutzgründen nur 1,3 Mal pro Nacht ausrücken dürfe. Er hofft auf baldige Gesetzesänderung. Für die Region Bodensee-Oberschwaben und das gesamte Südwürttemberg-Hohenzollern sei bei akuten Notfällen, bei denen es oftmals um Minuten geht, die Verfügbarkeit von Rettungshubschraubern in der Nacht weiterhin nicht zufriedenstellend, so Volker Mayer-Lay. Rettungswagen böten in diesen Fällen – aus reinen Zeitgründen – keine adäquate Alternative. „Es ist nicht vermittelbar, dass Nachtflüge vom Ausland, also auch von der Schweiz aus, geflogen werden dürfen, jedoch nicht in lebensrettenden Fällen beispielsweise von Friedrichshafen aus“, sagte Mayer-Lay. Dies auch im Hinblick darauf, dass andere Bundesländer deutlich flächendeckender Nachtflugstandorte für die Rettung anböten und darüber hinaus Einsätze von Polizeihubschraubern diesen Einschränkungen nicht unterlägen. Auch der Standort Friedrichshafen mit seinem „Christoph 45“ bietet gute Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Betrieb von Nachtflügen, da die Einsatzzahlen hier sehr hoch sind. Der im Mai 2018 in Friedrichshafen neu angeschaffte 7 Millionen Euro teure Helikopter H135 hat darüber hinaus die technischen Eigenschaften für den Nachteinsatz. Auch EU Kommissar Günther Oettinger lobte den von der CDU Bodenseekreis eingebrachten Antrag ausdrücklich.

In seiner flammenden Rede für die Europäische Union, erinnerte Günther Oettinger an den

Grundgedanken der Gründer und daran, „dass Deutschland dieses entgegengebrachte Vertrauen 5 Jahre nach Kriegsende sicherlich nicht verdient hatte. Diese Chance auf Frieden sollten wir auch anderen Staaten geben, wie den Balkanländern, die erst wenige Jahre Frieden haben.“ Die Chancen der EU Mitgliedsstaaten durch Freizügigkeit und Freihandel ermöglichten unseren Wohlstand, denn jeder einzelne alleine sei winzig im Verhältnis zur Welt. Auch die ehemaligen Krisenländer innerhalb der EU (Spanien, Estland, Lettland, Litauen) seien inzwischen wirtschaftlich stabil und aus den Sanierungsprogrammen heraus.

Oettinger berichtete außerdem über zahlreiche Länder, in denen aktuell Krieg und Unruhe herrschen und die die nächsten Jahre und Jahrzehnte große Unterstützung der EU benötigen um Fluchtursachen zu bekämpfen. „In diesen Ländern muss mit der Schaffung von Arbeitsplätzen und Schulbildung und der Vermeiden von Hungerkatastrophe geholfen werden um nicht in 10 oder 20 Jahren neue Fluchtwellen nach Europa zu bekommen“, so Oettinger.
Der EU Kommissar und der Europaabgeordnete Norbert Lins riefe dazu auf, die EU nicht immer als Sündenbock für alle Schiefstände abzustempeln und machten mit einem Beispiel klar, dass die Höhe der Geldmittel, welche Deutschland an die EU zahlt (40 Mrd.€), nur ein Drittel dessen sei, was zur Stabilisierung der Rentenkasse jährlich zugeschossen werde, nämlich 120 Mrd. €.

Bild: Die Delegation der CDU Bodenseekreis - mit dem Bezirksvorsitzenden Thomas Bareiß (2.v.l.) und MdB Lothar Riebsamen (ganz rechts). In der Mitte halten (v.l.) EU Kommissar Günther Oettinger, Europaabgeordneter Norbert Lins und Kreisvorsitzender Volker Mayer-Lay das Bild des in Friedrichshafen stationierten "Christoph 45", welcher auf Antrag der CDU vom Bodensee die Möglichkeit für Nachtflüge erhalten soll.
Foto: CDU Bodenseekreis / Daniela Dietrich

10.10.2018
CDU Bodenseekreis übt harsche Kritik an Firmenpolitik von Rolls-Royce plc

Die andauernden Gerüchte über den möglichen Stellenabbau bei der MTU/Rolls-Royce Power Systems von bis zu 800 Arbeitsplätzen am Standort Friedrichshafen stoßen beim Kreisverband der örtlichen CDU auf absolutes Unverständnis. Bei der derzeitigen Auftragslage, vor Ort Stellen abzubauen, ist für die Christdemokratie am Bodensee aus wirtschaftlicher Sicht nicht nachvollziehbar. „Der Standort Friedrichshafen mit der Kernmarke MTU ist derzeit der einzige positiv wirtschaftende Teil des Konzerns“, so der CDU Kreisvorsitzende Volker Mayer-Lay. Das aktuelle Wachstum des Umsatzes von 15 % sei hauptsächlich in Friedrichshafen erwirtschaftet worden, so Mayer-Lay weiter. Eine Sanierung des Gesamtunternehmens auf Kosten des Standorts Friedrichshafen sei daher nicht akzeptabel. Die CDU im Bodenseekreis sieht als Gründe für die

Bild: Vertreter der CDU Bodenseekreis und des Bezirksverbandes beim Besuch der RRPS im Mai dieses Jahres Foto: CDU Bodenseekreis

wirtschaftliche Schieflage von Rolls-Royce plc, dass technischer Fortschritt insbesondere im Bereich Flugzeugtriebwerke zu lange unbeachtet geblieben sei, Zukunftssparten wie „L´Orange“ abgestoßen worden seien, und Strafzahlungen wegen Compliance-Verstößen fällig geworden seien. Ein harter Brexit wäre für das eng mit der Wirtschaft von Großbritannien verzahnte Unternehmen existenzbedrohend. Die CDU Bodenseekreis steht im Lichte dieser Gemengelage klar zu den Arbeitsplätzen in Friedrichshafen. Bei einem etwaigen Verkauf von MTU/RRPS durch Rolls-Royce plc, wäre laut Kreisvorsitzendem Volker Mayer-Lay durch die Politik unbedingt eine „deutsche Lösung“ zu fördern. Die hiesige Motorenproduktion in chinesische oder US-Hände fallen zu lassen, wäre dringend zu verhindern, so die einhellige Meinung der Kreis-CDU.

25.06.2018

CDU Bodenseekreis beim Landesparteitag in Rust

Die Delegierten der CDU Bodenseekreis nahmen am 21. und 22. September 2018 am 72. Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg in Rust teil. Die Delegation vom Bodensee freut sich, dass die beiden von Mitgliedern des Kreisverbandes ausgearbeiteten Anträge zur Videoüberwachung in öffentlichen Räumen und zur Portabilität der Altersrückstellungen in der privaten Krankenversicherung vom Landesparteitag beschlossen wurden.
In der Eröffnung des Landesparteitags durch Manuel Hagel und Thomas Strobel schworen diese die Delegierten auf die anstehende Europawahl im kommenden Jahr ein.
Hauptredner Manfred Weber, der sich um das Amt des Parlamentspräsidenten der Europäischen Union bewirbt, sorgte in einer leidenschaftlichen Rede für den Zusammenhalt in Europa und erntete dafür viel Zustimmung.
Bei den zahlreichen Anträgen aus den unterschiedlichen CDU Vereinigungen gab es teils rege Diskussionen. So freut es den Kreisvorsitzenden Volker Mayer-Lay außerordentlich, dass die beiden Anträge, an denen Mitglieder der CDU Bodenseekreis mitgearbeitet haben, eindeutig beschossen wurden. „Wir halten es für wichtig, dass die Polizei die Möglichkeit erhält, öffentliche Räume auch per Videoaufnahmen zu überwachen“, so Mayer-Lay. „Den Auftrag zur Prüfung der verfassungsmäßigen Rahmenbedingungen und Umsetzung in ein Gesetz ist somit erfolgreich angestoßen, wie dies an unserem Kreistag des im Mai mehrheitlich gefordert wurde.“
Beim zweiten Antrag, der in Verbindung mit dem Landesfachausschuss Arbeit, Soziales und Gesundheit gestellt wurde, ging es um die Portabilität von Altersrückstellungen beim Wechsel des privaten Krankenversicherungsunternehmens. Konkret wird gefordert, dass eine Mitnahme von Alters- und Krankheitsrückstellungen zum neuen Versicherer gesetzlich ermöglicht wird. Dieser Antrag soll zur weiteren Beschlussfassung an den Bundesparteitag im Dezember weitergegeben werden.
CDU Kreisvorsitzender Volker Mayer-Lay, der mit 6 weiteren Delegierten aus dem Bodenseekreis beim Landesparteitag war, freut sich über das Engagement aus dem Bodenseekreis und rechnet mit weiteren Anträgen seiner Mitglieder zum Kreisparteitag im November.

Die Delegation der CDU Bodenseekreis beim Landesparteitag in Rust.

Manfred Weber bei seiner Rede zur Europäischen Union.
Fotos: CDU Bodenseekreis / Manfred Ehrle

12.09.2018
CDU: Land muss seiner Pflicht als Flughafen Gesellschafter Nachkommen

Der CDU Kreisverband des Bodenseekreises fordert vom grünen Verkehrsministerium in Stuttgart nachdrücklich, dass das Land als Mitgesellschafter des Flughafens Friedrichshafen seinen Verpflichtungen nachkommt, sich an dem von den übrigen Gesellschaftern beschlossenem Darlehen seinem Gesellschafteranteil entsprechend mit knapp 1 Million € zu beteiligen. Kreisvorsitzender Volker Mayer-Lay: „Wenn Minister Hermann sagt, der Flughafen Friedrichshafen sei vorrangig eine Aufgabe der Region, dann hat er recht. Die regionalen Gesellschafter tragen aber schon mit 94,26 % die Lasten, die verbleibenden 5,74 % sind dann jedoch Sache des Landes, weil das dem Miteigentumsanteil des Landes entspricht."
Wie der Kreisverband in seiner Pressemitteilung schreibt, stand und steht die CDU seit Jahrzehnten - oft gegen Widerstand – auf der Ebene von Stadt-, Kreis- und Landespolitik hinter dem Flughafen, der z. B. von den CDU geführten Landesregierungen, sowie dem städtischen und dem Kreishaushalt zig Millionen an Förderhilfen bekam, bis hin zu einem Zuschuss von 5 Millionen €, den die letzte CDU geführte Landesregierung wenige Tage vor Übergabe der Amtsgeschäfte an die grün-rote Regierung im Mai 2011 nach Friedrichshafen überwies.
In die Koalitionsvereinbarung der jetzigen grün-schwarzen Landesregierung hat die CDU den Passus hineinverhandelt, dass in begründeten Einzelfällen einmalige Investitionsmittel aus dem Landeshaushalt gewährt werden können. Diese möglichen Förderzuschüsse kommen zu den Verpflichtungen des Landes als Gesellschafter noch hinzu. Für die CDU in Stadt, Kreis und Land ist klar, dass das Ministerium im nächsten Haushalt einen Betrag vorsehen muss und so ein Bekenntnis zum Flughafen Friedrichshafen ablegt, an dem das Land beteiligt ist, damit es gegebenenfalls auf Förderanträge der Regionalflughäfen positiv reagieren kann.
In diesem Sinne werden in wenigen Wochen Vertreter der CDU Kreistagsfraktion ein Gespräch in Stuttgart führen und umgekehrt werden CDU Landtagsabgeordnete am 2. Oktober dem Flughafen Friedrichshafen einen Besuch abstatten. „Alle diese Bemühungen gehen"- so Kreisvorsitzender Mayer-Lay - „von unserer seit langer Zeit bestehenden Überzeugung aus, dass der Flughafen Friedrichshafen für die Wirtschaft, die Region, den Tourismus und für die Bürger wichtig ist, um ein stückweit aus dem Verkehrsschatten heraus zu treten, in dem sich die Bodenseeregion nun einmal befindet. Das gilt seit einigen Jahren erst recht im Blick auf die Konkurrenzsituation mit dem Flughafen Memmingen und die steigende Bedeutung des Luftverkehrs, die auch dem Standort Friedrichshafen neue Chancen bietet."

Nachtrag: In den Folgewochen kam das erfreuliche Signal aus Stuttgart! Auf allen Ebenen hatten sich Vertreter und Mandatsträger der CDU im Bodenseekreis für die finanzielle Unterstützung des Landes am Flughafen Friedrichshafen eingesetzt. Emin erfolgreicher Einsatz der Christdemokraten vom See!

Politische Informationsfahrt nach Berlin

Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Lothar Riebsamen nahmen diese Woche 50 Bürgerinnen und Bürger vom Bodensee an einer bildungspolitischen Fahrt nach Berlin teil. Dieses Mal folgten langjährige CDU-Mitglieder und Unterstützer aus dem Wahlkreis der Einladung des Abgeordneten, der ihnen damit für ihr jahrelanges Engagement danken möchte.

Neben einer Stadtrundfahrt standen auch ein Besuch in der CDU-Parteizentrale - dem Konrad-Adenauer-Hause - sowie im Bundesverkehrsministerium auf dem Programm. Nach einer Besichtigung des Reichstags trafen die Besucher Lothar Riebsamen zu einem Gespräch. Dabei berichtete der Unionspolitiker von seiner Arbeit im Parlament sowohl als Fachpolitiker, als auch für den Wahlkreis Bodensee.
Ein weiterer Programmpunkt war der Besuch in der baden-württembergischen Landesvertretung inmitten des Botschaftsviertels. Schließlich erhielt die Besuchergruppe noch eine Führung durch die ehemalige Zentrale Untersuchungshaftanstalt der Stasi in Berlin-Hohenschönhausen. Eine Bootsfahrt auf der Spree rundete die 4-tägige Reise gelungen ab.
Kreisvorsitzender Volker Mayer-Lay konnte drei neue weibliche Mitglieder gewinnen: Sabine Welte, Lea Bentele (Foto) und Ingrid Froning füllten im Konrad-Adenauer Haus die Mitgliedsanträge aus.

Aus den Ortsverbänden

CDU Meckenbeuren
Ausbildungsbörse

Wieder ein voller Erfolg war die 16. Berufs- und Ausbildungsbörse Meckenbeuren, welche am 15. September in der Humpishalle in Brochenzell stattfand.

CDU Tettnang
„Energiegeladenes“ Sommerprogramm rund um Wasserkraft & Politik

Lothar Riebsamen MdB traf bei seiner 2. Veranstaltung- nach ZF - im Rahmen des Sommerprogramms zum Thema „Energie“ viele Interessierte bei der CDU Tettnang in Wiesertsweiler an.

Bevor es zum Rundgang entlang der Wasserkraftanlage ging, konnte die Vorsitzende der CDU Tettnang auf dem Hofgut von Josef Vetter viele Gäste begrüßen. Abgeordnete, Mitglieder, den Vorsitzenden der CSU Standverbandes Lindau Dieter Graf, aus Tettnang Alfred Thiel, die Ortsvorsteher Joachim Wohnhas und Hubertus von Dewitz sowie von der JU Daniel Funke. Eingangs wurden sogleich politische Themen angesprochen. Beispielsweise die notwendigen Hilfen für die Landwirte durch die anhaltende Dürre und darum gebeten, dass die Anliegen vor Ort durch die Abgeordneten Lothar Riebsamen MdB und August Schuler, Mitglied im Landtag von Baden-Württemberg unterstützt werden.

B 30 Ost- contra Westumfahrung:

Anwesende sprachen unisono an, dass der kreisweite Beschluss zur Westumfahrung auch nach heutiger Rechtslage genauso respektiert werden müsse und abgewogen, wie der Artenschutz, Verkehr und alle anderen Belange. Sylvia Zwisler betonte dabei: „Es ist für alle Beteiligten wichtig, bei der Diskussion in Brochenzell im Oktober, die Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe mitdiskutieren können. Dazu braucht es jedoch Transparenz, und das

heißt Einsichtmöglichkeiten in die jeweiligen Untersuchungsergebnisse. Wenn Fakten nachvollziehbar sind, dann gibt es hinterher weniger Einsprüche."
Bundestagsabgeordneter Lothar Riebsamen nahm Stellung. Aus seiner Sicht ist es u. a. wichtig, dass die Probleme der B 30 nun endlich in der Region gelöst werden, denn durch die gute Konjunktur stehen derzeit die finanziellen Mittel zur Verfügung. Riebsamen erklärte weiter: „Unabhängig von der Trassenführung müssen die Belange der Landwirtschaft auf jeden Fall berücksichtigt werden."

Mobilität auf den Straßen und der Schiene:

Mit August Schuler MdL wurde über die Mobilität auf Straße und Schiene diskutiert und auch der Bürgerbus, der schlussendlich auch in Tettnang gegründet werden soll. Schuler ist Mitglied im Verkehrsausschuss Er betonte: „Der CDU ist es wichtig, vor allem für die ländlichen Gebiete, dass die Mobilität erhalten bleibt. Wir werden alles Notwendige dafür tun, dass es kein Fahrverbot in unseren Städten gibt."
Zum Thema Bürgerbus versicherte er, dass das Finanzbudget im Haushalt erhöht wurde, so dass Zuschüsse möglich sind, auch für Tettnang. Die Vereinsmitglieder können sich auch gerne an ihn wenden, wenn es Fragen hierzu gäbe.

Bevor die Veranstaltung mit einem Grillabend endete, führten der Aufsichtsratsvorsitzende Sigi Weber und Vorstand Klaus Nuber alle Interessierten zur Wasserkraftanlage am Bollenbach. Sie gaben dabei detaillierte Auskunft zur Gewinnung der erneuerbaren Energien in der Bürgerenergiegenossenschaft, die bereits im 9. Jahr inzwischen schwarz Zahlen schreiben kann.

CDU Tettnang
Politik & Wahlen bei der CDU Tettnang

Die diesjährige Mitgliederversammlung der CDU Tettnang hat ganz im Zeichen der Vorstandswahlen gestanden.
Die Vorsitzende Sylvia Zwisler durfte im TSV Vereinsheim in der Riedstrasse in Tettnang neben den zahlreich erschienen Parteimitgliedern, auch den Generalsekretär des Landesverbands Manuel Hagel MdL begrüßen. Zu den Gästen zählten auch Bundestagsabgeordneter Lothar Riebsamen und der Kreisvorsitzende Volker Mayer-Lay.

Nach den Berichten des Vorstandes und dessen Entlastung, standen die Neuwahlen im Stadtverband und Ortsverband an.

Mit einem Präsent dankte die alte und neue Vorsitzende den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern, Hubert Marschall, Reinhold Rehm und Markus Eser, für ihr langjähriges und großes Engagement in der CDU Tettnang. Zwisler dankte ebenfalls dem gesamten Vorstand für die auf vielfältiger Ebene geleistete Arbeit.
Generalsekretär Manuel Hagel berichtete über Aktuelles aus der Landes- und Bundespolitik. Am Schluss forderte er alle auf, weiterhin daran mitzuarbeiten, dass die CDU die erfolgreiche Arbeit für das Land fortführen kann.
Lothar Riebsamen MdB betonte in seiner Rede, dass in der Gesundheitspolitik die Stärkung der Sektor übergreifenden Versorgung für die Zukunft unabdingbar sei. Des Weiteren ist er davon überzeugt, dass es über eine solide und gerechte Ausgabenpolitik möglich sein wird, den Euro zu stabilisieren und Wachstum und Arbeitsplätze in unserem Land zu schaffen.
Kreisvorsitzender Volker Mayer-Lay berichtete in seinem Grußwort zu Themen im Bodenseekreis, u. a. der B 30 Umfahrung und dass dort die Karten nun endlich auf den Tisch müssten. Ebenso mahnte er die Verpflichtung des Landes an, die notwendigen Gelder als Mitgesellschafter für den Flughafen in Friedrichshafen zur Verfügung zu stellen.

Ortsvorsitzende Sylvia Zwisler berichtete über zahlreiche Aktivitäten des gesamten Vorstandes der vergangenen zwei Jahre, was mit Bildern untermalt wurde.
Kleine Ausschnitte ihrer Rede:
„…es gibt Erfreuliches zu berichten, nämlich im Land gehen die Umfrageergebnisse für die CDU nach oben und auch wir haben steigende Mitgliederzahlen, soviel sei schon mal verraten und keine Krisen, sondern ein gutes Teamwork.“
„Im Juli 2017: ein Highlight war sicherlich, der einmalige Besuch vom langjährigen Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder bei uns in TT –Kau. Für die Organisation danke ich Frank Spleiß und der Musikkapelle Krumbach, meinem Vorsitzenden Kollegen, Ludwig Häfele und allen Vorstandskollegen, die dies gestemmt hatten sowie allen Sponsoren, ohne die es nicht möglich gewesen wäre.“
„ ***B30 Umfahrung****: Natürlich müssen die Bundesnaturschutzgesetze beachtet werden, aber dafür gibt es Ausgleichsflächen. Was wurde bislang - in welchem Verhältnis abgewogen? Wir wollen endlich die Gutachten veröffentlicht haben, um auf Augenhöhe mitreden zu können.“*

Sylvia Zwisler abschließend: "Es ist schön, so einen tollen Vorstand wie Euch zu haben. Wir werden uns weiter mit Elan und Freude einsetzen!"

CDU Langnau/Laimnau
Erwin Teufel besucht die Hängebrücke im Argental

Im Rahmen seines diesjährigen Sommerurlaubes am Bodensee hat Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel dem CDU Ortsverband Langnau/Laimnau einen Freundschaftsbesuch abgestattet. Begleitet wurde er von seiner Ehefrau Edeltraud, sowie Minister a. D Rudolf Köberle und dem ehemaligen Landtagsabgeordneten Ernst Arnegger und Anton Rist mit Frauen. Auf der schattigen Gartenterrasse der Familie Lanz in Unterlangnau begrüßte Langnaus CDU-Vorsitzender Manfred Ehrle den ehemaligen Landesvater bei einer lockeren Kaffeerunde und selbstgemachtem Zwetschgenkuchen. „Wir schätzen Sie als großen Politiker sehr, zumal Ihre Verdienste für unser Land nach wie vor präsent sind“, konstatierte Ehrle. Bei einer Wanderung zur neu restaurierten Hängebrücke erzählte CDU Mitglied August Lanz von der Entstehung des historischen Denkmals im Jahr 1879 mit damaliger Mautstelle und der Gründung einer Aktiengesellschaft zur Finanzierung des Überweges. Selbstverständlich kamen auch die in den vergangenen Jahren geführten kontroversen Diskussionen um die Sanierung und den Standort zur Sprache. „Sind Sie stolz darauf, dass Sie diese Besonderheit an diesem schönen Ort erhalten haben“, lobte Teufel den Einsatz der CDU – Kommunalpolitiker. Kürbisbauer Engelbert Lanz gab abschließend noch einen Einblick in die vielseitige Kürbisaufzucht und ließ die Gäste mit dem im Backofen gebrutzelten „Rolet“ auch einen seiner Klassiker versuchen.

Foto (von rechts)
Engelbert Lanz, Rudi Köberle, Erwin Teufel, Elisabeth Arnegger, Edeltraud Teufel, Ernst Arnegger, August Lanz mit Enkel Zacharias, Anton Rist, Manfred Ehrle und Elisabeth Rist.

Manfred Ehrle

CDU Meckenbeuren
Stammtisch mit MdL Schuler

Im September war unser Landtagsabgeordneter August Schuler zu Gast beim CDU Stammtisch in Bieggers Hopfenstube in Schwarzenbach. Er berichtete zu den Themen Schule und Bildung, Wohnen und Arbeit, Integration und Mobilität. Aber auch die Umfahrung Meckenbeuren war Thema und sorgte für eine angeregte Diskussion unter den zahlreichen Besuchern.

Daniela Dietrich

CDU Ailingen
Jahreshauptversammlung der CDU-Ailingen am 25.10.2018

Vorsitzender Pascal Salomon berichtete von einem bewegten und wie immer rührigen Jahr des CDU Ortsverband Ailingen, der wohl entgegen der allgemeinen Tendenzen 3 neue Mitglieder im Verband willkommen heißen konnte.
Nach seinem Resümee über die eigenen Veranstaltungen und Termine des Ortsverbandes ließ er die Runde an seiner Meinung zur Arbeit der Bundesregierung teilhaben. Unklare Meinungen zur Dieselaffäre und das unglückliche Taktieren im Fall Maaßen sowie viele unionsinterne Streitigkeiten befördern die Unzufriedenheit der Wähler. „Es gibt viele wichtige Themen, die den Menschen unter den Nägeln brennen. Die

Regierung sollte endlich die wahren Probleme unserer heutigen Zeit angehen! “
Auch Dieter Hornung, der einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Kreistages im Bodenseekreis an die Mitglieder weitergab, hielt mit Kritik an der Bundesregierung nicht hinter dem Berg: Zum Thema Dieselskandal zeigte er kein Verständnis für die schwammige Haltung: Firmen, die so das Vertrauen der Kunden und Bürger missbrauchen und Strafen in Millionenhöhen bezahlen könnten, haben die Pflicht, auf ihre Kosten Fahrzeuge nachzurüsten. „Da kann es gar keine andere Lösung geben!“.
Für den Gemeinderat referierte Hubert Knoblauch in Vertretung von Bruno Kramer, der sich krankheitsbedingt entschuldigen ließ. Hier sei vor allem das neu entstehende Baugebiet „Ittenhausen Nord“ genannt, mit dem bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden soll – auch mit Berücksichtigung ausreichender Stellplätze je Wohneinheit.
Auch der Ailinger Ortschaftsrat beschäftigte sich im vergangenen Jahr mit zahlreichen Themen wie der Planung der neuen Rotachhalle, Probleme beim Friedhof in Ailingen, die Querungshilfe in Unterraderach, um nur ein paar wenige Beispiele zu nennen. Auch das schwierige Thema „Bildungshaus Berg“ wurde diskutiert. Die einzelnen Meinungen wurden an Herrn Ortschaftsrat Knoblauch herangetragen mit der Bitte, diese im Gremium mit zu berücksichtigen, damit die Planung zur Zufriedenheit aller Beteiligter abgeschlossen und umgesetzt werden kann.
Auch hier forderte Dieter Hornung eine klare Position der Ailinger CDU. Pascal Salomon griff dies als Vorsitzender des Ortsverband Ailingen auf und versicherte der Versammlung, dass es das klare Ziel der CDU Ailingen ist, zukünftig Klasse 1 bis 4 in Berg zu unterrichten. „Kurze Beine, kurze Wege. Dafür stehen wir als Ailinger CDU und das ist auch erklärtes Ziel!“
Nach angeregter Diskussion folgten die Wahlen des gesamten Vorstands der CDU Ailingen: Vorsitzender Pascal Salomon / Stellvertreter Hubert Knoblauch / Schriftführerin Diane Harting / Schatzmeister Robert Reichart / Beisitzer Dirk Holstein, Johannes Brugger, Bruno Kramer, Michael Motzkus, Peter Strecker, Angelika Wahr, Xenia Mayr, Michael Wieland.

Für 40 Jahre Mitgliedschaft in der CDU wurde Herr Dieter Haigis mit der CDU Ehrennadel in Silber geehrt.
Herr Michael Fischer, selbst lange Jahre Vorsitzender der CDU-Ailingen sowie Frau Yvonne Link wurden mit einem kleinen Präsent von der Vorstandschaft verabschiedet.

Auf dem Bild: von Links beginnend:
Johannes Brugger, Angelika Wahr, Robert Reichart, Vorsitzender Pascal Salomon, Hubert Knoblauch, Michael Wieland, Diane Harting, Xenia Mayr, Volker Mayer-Lay - Vorsitzender des CDU Kreisverbands

Diane Harting

Aus den Vereinigungen

CDL Kreisverband Bodensee wählt neu

Bei der Mitgliederversammlung am 26. April 2018 waren die Vorstandswahlen auf der Tagesordnung.

Folgende Personen wurden gewählt:

Vorsitzende:	**Gudrun Sauter**
Stv. Vorsitzender:	**Martin Numberger**
Kassenwart:	**Paula Knörle**
Schriftführer:	**Karl Stengele**
Beisitzer: Dr. Marie-Luise Hiller, Birgit Körnig, Christa Thiemer, Wilfried Jehle	

Geplant ist ein Info-Nachmittag in einer christlichen Behindertenwerkstatt. Hierzu soll auch die Kreis-CDU sowie die Frauenunion

gewonnen werden. Es ist auch beabsichtigt, einen Gesprächskreis über wichtige Themen einzurichten, der sich ggf. monatlich trifft.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung war in der Evangelischen Kirche ein Vortrag mit dem Thema: **„Für und wider der Pränataldiagnostik“** angesetzt. Hierfür konnte als Referentin die freiberufliche Hebamme, Schwester Margaretha Glosser vom Haus „Samaria“ in Irndorf gewonnen werden. Es gibt invasive und nicht-invasive Methoden, wonach insbesondere die ersteren mit nicht geringem Risiko für Mutter und Kind verbunden sind.
Die Referentin führte aus, dass im Verlauf einer Schwangerschaft durch Ultraschalluntersuchungen bestimmte Erkrankungen beim Kind erkannt und behandelt werden können. So könne z.B. ein offener Rücken des Kindes während der Schwangerschaft operativ korrigiert werden.
Wird jedoch durch die PND eine Behinderung im Mutterleib festgestellt, sei dies meistens eine Bedrohung für das Kind weil Eltern und insbesondere die Schwangere unter einem gesellschaftlichen Druck stünden, das Kind abzutreiben und dem nur schwer widerstehen könnten. In diesem Zusammenhang bemängelte die Referentin, dass betroffene Frauen offensichtlich wenig oder gar nicht über die Spätfolgen einer Abtreibung informiert werden. Noch kann die Schwangere die Durchführung der PND ablehnen. Es ist jedoch zu befürchten, dass der Druck, die PND durchzuführen, steigen wird, sobald diese zur Regelversorgung der Krankenkassen gehört.

Fazit: War die Zeit der Schwangerschaft in früheren Jahren eine Zeit der freudigen Erwartung so wird diese u. U. immer mehr zu einer Zeit ängstlicher Sorge.

Karl Stengele

Unsere Abgeordneten

Lothar Riebsamen MdB

Ein energiegeladenes Sommerprogramm

Auch in diesem Jahr war ich im Rahmen meiner traditionellen Sommertour wieder im Wahlkreis unterwegs. Dieses Mal stand alles im Zeichen der Energie. Ich besuchte Veranstaltungen zu Themen rund um erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Mobilität der Zukunft. Dabei konnte ich viele interessante Gespräche führen, mich über aktuelle Entwicklungen im Wahlkreis informieren und mir die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger anhören. Bevor ich Ihnen kurz von den einzelnen Stationen meines Sommerprogramms berichte, möchte ich die Relevanz des Themas „Energie“ hervorheben, sowie darstellen, was wir von politischer Seite tun. Zum Schluss werde ich noch auf zwei Herausforderungen der Energiewende eingehen.

Die Energiewende ist essenziell für die Bewahrung der Schöpfung

Die Bewahrung der Schöpfung ist seit jeher ein Kernanliegen von CDU und CSU. Der Schutz von Umwelt und Klima ist auch für mich deshalb von zentraler Bedeutung. Das ökologische Gleichgewicht unseres Planeten soll erhalten und allen Menschen in Deutschland ein Leben in einer

gesunden und intakten Umwelt ermöglicht werden. Der Fortgang der Erderwärmung kann weltweit dramatische Folgen haben und erfordert deshalb gemeinsames Handeln. Auch in unseren gemäßigten Breiten würde der Fortgang des Klimawandels zu irreversiblen Schäden führen, die vor allem unsere Kinder und Enkel treffen würden.

Wir haben die Weichen für die Energiewende gestellt

Die CDU/CSU-Fraktion steht zu unseren Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen und wird weiterhin konsequent am Erreichen unserer Klimaziele arbeiten. Bis zum Ende dieses Jahrhunderts wird eine weltweite Dekarbonisierung angestrebt. Für eine saubere Energieversorgung ist der Ausbau der erneuerbaren Energien die tragende Säule.

Die Stromversorgung in Deutschland wird Jahr für Jahr „grüner“. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch wächst beständig. Wir haben einen Ausbaupfad geschaffen, der allen Beteiligten Planungssicherheit gibt. Durch die marktwirtschaftliche Umgestaltung des Fördersystems sind die Ausbaukosten für Wind auf hoher See, Wind an Land und für Photovoltaik-Anlagen drastisch gesunken. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz von 2017 verpflichtet Netzbetreiber, Strom aus erneuerbaren Energien vorrangig abzunehmen und legt die Förderung von Mieterstrom fest. Auch im Wahlkreis Bodensee geht es voran: der Spatenstich für die Elektrifizierung der Südbahn wurde vollzogen und die Bauarbeiten haben begonnen.

Wir halten an den Klimazielen fest

Auch im Koalitionsvertrag 2018 halten wir weiter an unseren Zielen fest. Wir setzen uns für den Ausbau und die Modernisierung der Energienetze ein. Wir wollen neue Technologien einsetzen, eine stärkere Digitalisierung und eine bessere Zusammenarbeit der Netzbetreiber erreichen. Das Netzausbaubeschleunigungsgesetz muss novelliert und vereinfacht werden. Wir werden die Netzentgelte reformieren. Kosten werden verursachergerecht und unter angemessener Berücksichtigung der Netzdienlichkeit verteilt werden und Stromverbrauchern unter Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit mehr Flexibilität ermöglicht. Um die Bezahlbarkeit von Energie und eine Versorgungssicherheit sicherzustellen, werden wir im Rahmen von gesetzlichen Überprüfungen die Versorgung regelmäßig bewerten, Netzengpässe beobachten und ab Anfang 2019 daraus den notwendigen Handlungsbedarf ableiten.

In der CDU/CSU-Fraktion setzen wir uns für eine einheitliche Stromgebotszone in Deutschland ein. Wir werden Standortgemeinden stärker an der Wertschöpfung von erneuerbaren Energien-Anlagen beteiligen und die Projektbeteiligung von Bürgerinnen und Bürgern verbessern. Bestehende Mieterstromregelung werden wir optimieren, indem der Verlust der tradierten gewerbesteuerlichen Behandlung von Wohnungsbaugenossenschaften vermieden wird. Beim Ausbau der Windenergie an Land wollen wir einen besseren Interessenausgleich zwischen der Erneuerbare-Energien-Branche und Naturschutz-, sowie Anwohneranliegen. Wir setzen auch ökonomische Anreize. So haben wir Sonderausschreibungen, mit denen acht bis zehn Millionen Tonnen CO2 zum Klimaschutzziel 2020 beitragen sollen, festgelegt.

Im Bereich der Elektromobilität wollen wir die Entwicklung von neuen Antrieben vorantreiben. Wir werden in Wasserstoff- und Brennstoffzellenforschung investieren und die Batteriezellenproduktion in Deutschland unterstützen. Wir werden die Ladeinfrastruktur bis 2020 erheblich erweitern und auch im öffentlichen Personennahverkehr, sowie in Fahrzeugparks von Behörden auf emissionsarme, beziehungsweise -freie Antriebstechnologien setzen. Wir werden die Einhaltung von Emissionsvorschriften gegenüber den Herstellern der bereits im Markt befindlichen Fahrzeuge besser überwachen und bei Nichteinhaltung sanktionieren.

Wir sehen es als wichtig an, die Energiewende in den europäischen Zusammenhang einzubetten. So können wir Synergien nutzen und Kosten senken. Auch bieten bilaterale Energiepartnerschaften zusätzliche Wachstums- und Beschäftigungschancen in Deutschland und Exportchancen für deutsche Unternehmen auf internationalen Märkten.

Auch im Wahlkreis wird das Thema Energiewende großgeschrieben

Auf meiner Sommertour durch den Wahlkreis konnte ich mich davon überzeugen, dass es auch bei uns am Bodensee in Sachen Energiewende vorangeht. So besuchte ich das Stadtwerk am See und die TeleData GmbH bei deren Tag der offenen Tür und führte Gesprächen zur Energie- und Datenwelt. Bei der puren GmbH in Überlingen kamen die energetische Gebäudeoptimierung im Alt- und Neubau und bezahlbarer Mietwohnraum im genossenschaftlichen Kontext zur Sprache. Bei ZF in Friedrichshafen informierte ich mich mit Staatssekretär Thomas Bareiß MdB über die Herausforderungen der Mobilität der Zukunft und überzeugte mich von den Fortschritten, die in den Bereichen Elektrifizierung und autonomes Fahren gemacht werden. Mit der CDU Tettnang besichtigte ich die Wasserkraftanlage „Rotach-Schussen-Argen“, die beispielhaft für die Gestaltung der Energiezukunft gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern in der Region ist. Mit der CDU Oberteuringen besuchte ich den Campinghof Kramer in Neuhaus und die Firma Keller, die Expertise in den Bereichen Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik besitzt. Bei einer Betriebsbesichtigung konnte ich mich davon überzeugen, dass die Firma auch beim Thema erneuerbare Energien eine Vorreiterrolle innehat und zukunftsweisend arbeitet.

Bei sommerlichen Temperaturen besuchte ich zudem die Bioenergie Pfullendorf GmbH. Auch hier geht der Ausbau der erneuerbaren Energien voran – Biogas leistet einen wertvollen Beitrag zur nachhaltigen Energieversorgung. Bei meinem Besuch im Friedrichshafener Unternehmen team Hörmann GmbH & Co. KG. ging es rund um Themen der Gebäudetechnik, Anlagenbau und Energieeffizienz.

Der Besuch der Wasserkraftanlage in Uhldingen-Mühlhofen ist ein weiteres Beispiel dafür, wie Bürger in Energiegenossenschaften in die klimafreundliche Energiegewinnung einbezogen werden können - ein Zukunftsmodell! Die CDU Herdwangen-Schönach begrüßte mich bei der Agrarphotovoltaikanlage Heggelbach. Dieses innovative Projekt meiner Heimatgemeinde ist ein Feldtest des Frauenhofer Instituts und der Universität Hohenheim. Die auf einer Höhe von acht Metern angebrachten Solarmodule sind aufgrund der guten Durchlüftung effektiver als herkömmliche, bodennahe Anlagen und bieten Synergieeffekte durch eine gleichzeitige landwirtschaftliche Nutzung der Fläche unter den Modulen. Kurz vor Abschluss meiner Sommertour hörte ich mir noch die Anliegen der Bürger in

einer Sprechstunde im Bundestagsmobil an. Die letzte Station der Tour war schließlich der Besuch des Energieparks Hahnennest in Ostrach mit Klaus Burger MdL.

Schließlich kann ich noch von einem weiteren innovativen Projekt im Wahlkreis berichten. Bereits im Mai suchte ich das Gespräch mit der MTU Friedrichshafen. Es freut mich außerordentlich, dass ich dort in einigen Tagen zusammen mit dem maritimen Koordinator Norbert Brackmann einen Förderbescheid des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie übergeben darf. MTU ist Teil eines vom Ministerium geförderten „MethPower“-Projekts, das die effiziente und saubere Nutzung von erneuerbaren, methanbasierten Kraftstoffen zur Stromerzeugung zum Ziel hat. Es wird ein Großmotorkonzept für methanbasierte Kraftstoffe entwickelt, welches durch eine stickstoff- und stickoxidfreie Verbrennung eine einfache und effiziente CO2-Abscheidung aus den entstehenden Abgasen ermöglicht. Neben kohlenstoffbasierten Kraftstoffen ist Wasserstoff aus Effizienzgründen eine vielversprechende Kraftstoffoption für zukünftige BHKW-Motoren.

Durch Erdkabel mehr Akzeptanz in der Bevölkerung schaffen

Trotz aller Fortschritte gibt es immer noch Themen, für die wir Lösungen finden müssen – eines der drängendsten Probleme ist die Trassenführung der Stromleitungen. Ohne neue Trassen können wir unsere Energieziele nicht erreichen. Mit der Energiewende ändern sich die Standorte der Stromerzeugung. Windkraft wird schwerpunktmäßig im Norden, Solarenergie schwerpunktmäßig im Süden ausgebaut. Das Stromnetz muss in die Lage versetzt werden, den vermarkteten Strom zu den Kunden zu transportieren. Der geplante Netzausbau hat in den betroffenen Regionen zu erheblichen Sorgen geführt. Die Energiewende, wie auch der Netzausbau, sind nur realisierbar, wenn sie von den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen werden. In den vergangenen Jahren ist deutlich geworden, dass Netzausbauvorhaben in manchen betroffenen Regionen auf Widerstand stoßen. 95 Prozent der Deutschen sind für den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen und Solarstrom, so eine aktuelle Erhebung des Emnid-Instituts. Klimaschutz vor der Haustür will aber kaum jemand. Wir nehmen die damit einhergehenden Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst und werden gesetzgeberische Anpassungen an der Netzplanung und am Netzausbau vornehmen.

Die Bundesnetzagentur sorgt dafür, dass bei der Trassenwahl die Varianten mit den geringsten Eingriffen für die Wohnbevölkerung sowie für Natur und Landschaft mit einer transparenten Beteiligung der Bevölkerung ausgewählt werden. Noch stärker als bisher sollen bestehende Trassen

genutzt und neue soweit wie möglich vermieden werden. Erdkabel werden bei neuen Gleichstromtrassen in der Bundesfachplanung Vorrang erhalten. Bisher hatten Freileitungen den Vorrang und Erdkabel waren die Ausnahme. Die Mehrkosten sind gerechtfertigt, da die Maßnahme zu mehr Akzeptanz und zu einem schnelleren Ausbau führt. Aus technischen Gründen ist der Einsatz von Erdkabeln bei Wechselstrom erheblich schwieriger und teurer. Mit zusätzlichen Pilotprojekten wollen wir Erfahrungen sammeln und die technische Entwicklung vorantreiben.

In der Stromspeicherung muss noch mehr passieren!

Ein zweites Energie-Thema, das ich gerne ansprechen möchte, ist die Stromspeicherung. Insbesondere der rasante Ausbau von zeitlich schwankender Windstrom- und Photovoltaikerzeugung stellt hohe Flexibilitätsanforderungen an das gesamte Stromsystem, denn er erfordert hohe Investitionen in die Infrastrukturen zum Erhalt der Systemstabilität. Trotz großer öffentlicher Erwartungen verläuft der Speicherausbau eher zögerlich. Daher gewinnt die Frage an Bedeutung, welche Rolle zentrale Großspeicher bzw. kleine, dezentrale Speicher („Zuhause-Speicher“) im Rahmen der Energiewende spielen können und werden. In Deutschland und Europa kommen bei der großtechnischen Stromspeicherung derzeit fast ausschließlich Pumpspeicherkraftwerke zum Einsatz. Wegen des begrenzten Ausbaupotenzials von Pumpspeichern wird intensiv an alternativen Speichertechnologien geforscht. Hierfür werden wir auch in dieser Legislaturperiode wieder Forschungs- und Fördermittel bereitstellen. Wir werden ein Fraunhofer-Institut für Speichertechnologien einrichten und vorhandene Kompetenzen einbinden. Auch werden wir prüfen, inwieweit zukünftig nicht mehr benötigte Kraftwerksstandorte für große thermische Speicher-Kraftwerke genutzt werden können.

Wir wollen Speichern die Möglichkeit eröffnen, mehrere Dienstleistungen gleichzeitig zu erbringen, etwa Regelenergie und Mieterstrom. Außerdem werden wir Wärmespeicher insbesondere für Quartiers- und Siedlungslösungen unterstützen.

Sie sehen, es geht voran in Deutschland und in unserem Wahlkreis. Von der Erreichung unserer Ziele trennt uns dennoch ein gutes Stück Arbeit. Um sie zu erreichen, müssen wir alle an einem Strang ziehen und die vorhandenen Kompetenzen im Land nutzen, um Lösungen für bestehende Probleme wie Trassenführung und Stromspeicherung zu finden.

Lothar Riebsamen MdB

Wir dürfen Automobilhersteller und Diesel-Fahrer nicht unter Generalverdacht stellen

Es ist mir wichtig, noch eine Sache klar zu stellen. Diesel-Emissionen, Abgasbetrug, Nachrüstung mit Soft- und Hardware, Fahrverbote - seit geraumer Zeit ist manches zusammengewachsen, was nicht zusammengehört. In der aktuellen Berichterstattung werden zwei Diskussionsstränge miteinander verwickelt, die auseinander gehalten werden müssen.

Auf der einen Seite stehen einige Automobilhersteller, die mit Betrugssoftware Grenzwerte für Autoabgase manipuliert haben. Dieser Betrug wird geahndet, die verantwortlichen Manager sitzen bereits in Haft. Es ist richtig, dass bereits rechtliche Konsequenzen gezogen werden. Die korrekte Software wurde zudem mittlerweile bei fast allen betroffenen Autos aufgespielt.

Der zweite Strang betrifft ein akutes Problem. Es existieren zwei konkurrierende Grenzwerte, die scheinbar nicht zusammen passen. Es wurden Herstellern mit der Euro-5-Norm Vorgaben gemacht, wie der Schadstoffausstoß eines Autos maximal sein darf. Gleichzeitig gibt es eine Richtlinie der EU, dass maximal 40 Mikrogramm NO2 pro Kubikmeter auf der Straße gemessen werden dürfen. Jetzt ist es offensichtlich so, dass wenn Fahrzeuge korrekt die Euro-5-Norm einhalten, die 40 Mikrogramm dennoch überschritten werden.

Mit diesem Problem dürfen wir Automobilindustrie und Autofahrer jetzt nicht alleine lassen. Die Automobilindustrie darf aufgrund des Abgasskandals nicht unter Generalverdacht geraten. In einem Rechtsstaat müssen wir Unternehmen schützen, die Autos auf den Markt gebracht haben, die die zum Zeitpunkt ihrer Zulassung gültigen Kriterien korrekt erfüllen. Wir können nicht einfach von einem auf den anderen Tag Fahrverbote erlassen und somit Autofahrer, z.B. Pendler, ohne Alternativen im Regen stehen lassen.

Zudem müssen wir klarstellen, dass Dieselfahrer nicht alleinige Verursacher des Problems mit der Luftreinheit sind. Laut Bundesumweltamt stammt rund ein Drittel der gesamten ausgestoßenen Stickoxide in Deutschland nach der Verbrennung fossiler Stoffe aus dem Auspuff von Diesel-Pkw. Das ist viel, reicht aber nicht aus, um sie zum alleinigen Sündenbock zu machen. Industrie, Gewerbe, Kraftwerke und Haushalte haben den Löwenanteil zu verantworten.

Wichtiges Signal für die Landwirtschaft: Entfristung der 70-Tage-Regelung sorgt für Planungssicherheit und Flexibilität

Der Koalitionsausschuss von Union und SPD hat sich auf eine Verlängerung der 70-Tage-Regelung für die kurzfristige sozialversicherungsfreie Beschäftigung geeinigt. Diese war mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zunächst bis Ende 2018 befristet worden. Laut Beschluss des Koalitionsausschusses vom 28. August 2018 soll diese Regelung künftig unbefristet gelten.

Ich begrüße diese Entscheidung und freue mich, dass die Union sich nach intensiven Verhandlungen durchgesetzt hat. Die Bundesregierung legt damit einen wichtigen Meilenstein für eine wettbewerbsfähige Land- und Forstwirtschaft in unserem Land. Insbesondere für Sonderkulturbetriebe wie Spargelbauern oder Winzer, aber auch für landwirtschaftliche Lohnunternehmen und das Hotel- und Gaststättengewerbe, schafft diese längst überfällige Entfristung zahlreiche Erleichterungen.

Die Saisonarbeitskräfte werden durch die Regelung nicht benachteiligt. Sie stellen sich sozialversicherungsrechtlich nicht schlechter, da

sie in ihren Heimatländern kaum bis überhaupt nicht von den Sozialversicherungsbeiträgen profitieren, die sie in Deutschland entrichten müssen.

Auch den Verbraucher sehe ich im Vorteil. Wir wollen, dass unsere Landwirte weiterhin in Deutschland regionale Produkte anbauen und ernten können. Hierzulande wird nach höchsten Standards produziert. Diese Erzeugnisse kommen den Verbrauchern zugute. Mit der Entfristung der 70-Tage-Regelung haben die Unionsfraktion und unsere Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner die Weichen für die Erzeugung von saisonalen Lebensmitteln in Deutschland dauerhaft gestellt. Davon profitieren alle.

Norbert Lins MdEP

Rückblick auf die Bodenseekonferenz „Europa im Dialog“

Hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft befassen sich mit der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und dem fortschreitenden Populismus in der EU
Ein Jahr vor der Europawahl 2019 steht die EU vor großen Herausforderungen. Sowohl die weiterhin bestimmende Sicherheits- und Bedrohungslage als auch der fortschreitende Populismus in den Mitgliedsstaaten zeigen dies deutlich. Umso wichtiger ist es daher, sich mit den Themen auseinanderzusetzen und die europäische Idee fit für die Zukunft zu machen. Aus diesem Grund luden der Europaabgeordnete Norbert Lins und sein Kollege Dr. Andreas Schwab am 16. Juni 2018 zur Bodenseekonferenz „Europa im Dialog“ nach Uhldingen-Mühlhofen auf Schloss Maurach ein. Rund 70 interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer folgten der Einladung. Die Gäste kamen aus dem ganzen CDU-Bezirksverband

Württemberg-Hohenzollern, darunter viele aus dem CDU-Kreisverband Bodenseekreis, aber auch aus den benachbarten CDU-Kreisverbänden Ravensburg und Sigmaringen waren etliche interessierte Besucher angereist. Sie erwartete eine Diskussion mit hochrangigen Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft über die aktuellen Herausforderungen in den Bereichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Panel 1) sowie über den fortschreitenden Populismus in der EU (Panel 2). Erfreulicherweise nahmen mit Chefredakteur Dr. Hendrik Groth und

Politikredakteur Daniel Hadrys von der Schwäbischen Zeitung auch zwei Vertreter der lokalen Presse an der Konferenz teil.
Nach der Begrüßung durch Norbert Lins und Dr. Andreas Schwab startete die Konferenz mit dem Panel 1: „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“. Moderiert wurde die Podiumsdiskussion von Dr. Andreas Schwab MdEP. Hochspannende Einblicke in die Sicht der Rüstungsindustrie gab Claus Günther, Geschäftsführer beim Rüstungsunternehmen „Diehl Defence“. „Diehl Defence“ liefert Hightech-Ausrüstung für die Verteidigung. Mit der Entwicklung und Fertigung von Lenkflugkörpern und Munition für Heer, Luftwaffe und Marine zählt das Unternehmen zu den Technologieführern am Weltmarkt. Ein Standort des Unternehmens befindet sich in Überlingen. Zum Stand und der Zukunft der deutschen und europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik äußerte sich Generalleutnant Jürgen Weigt. Er ist kommandierender General des Eurokorps in Straßburg. Mit Blick auf den Zustand der Bundeswehr plädierte Weigt für eine positivere Sicht: „Wir sollten aufhören, uns schlechter zu reden, als wir sind.“ Darüber hinaus hob er die Fortschritte hervor, die durch PESCO in der Gemeinsamen Sicherheits- und

Verteidigungspolitik (GSVP) der EU erreicht worden seien. PESCO steht für „Permanent Structured Cooperation“, auf Deutsch „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“. Danach können eine Reihe von Mitgliedstaaten der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung enger zusammenarbeiten. Dieser ständige Rahmen für die Zusammenarbeit im Bereich Verteidigung ermöglicht es den Mitgliedstaaten, die dazu bereit und in der Lage sind, Verteidigungsfähigkeiten gemeinsam zu entwickeln.
Nach der Mittagspause ging es weiter mit Panel 2: „Europa in der Populismusfalle – Situationen in den Mitgliedsstaaten“. Moderiert wurde die Diskussion vom Parlamentarischen Staatssekretär Thomas Bareiß MdB. Einblicke in die Situation in Österreich gab der österreichische ÖVP-Europaabgeordnete Lukas Mandl. Seine Partei ging nach der vergangenen Wahl eine Koalition mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) ein.

Die Freiheitlichen gelten gemeinhin als Rechtspopulisten. Dem widersprach Lukas Mandl MdEP: „Die Verbreitung falscher Fakten, Verschwörungstheorien und eine destruktive Politik“ seien Eigenschaften populistischer Politiker. „In der Regierungswirklichkeit in Österreich trifft nichts darauf zu.“ Im Gegenteil, „Österreich ist europapolitisch aktiver als vorher“.
Die Lage in Italien beleuchtete der Europaabgeordnete Herbert Dorfmann von der Südtiroler Volkspartei. Er führte die Bezeichnung „Populismus“ auf seinen lateinischen Ursprung zurück: „vox populi“, die Stimme des Volkes. Das sei an sich nichts Schlechtes. Populisten sprechen jedoch vor allem die Sprache der Unzufriedenen. Die Wahl der beiden Regierungsparteien, der rechtspopulistischen Lega Nord und der euroskeptischen Protestbewegung Cinque Stelle, sei Ausdruck dafür. „Cinque Stelle ist ein Mix aus Menschen, die enttäuscht sind und von der Wirtschaftskrise getroffen wurden.“ Gastgeber Norbert Lins MdEP äußerte sich zur Situation in Deutschland. Er erklärte, dass man auf das Erstarken des Populismus, auch in Gestalt der AfD, noch keine „kompletten Antworten“ gefunden habe, gerade in Deutschland, das aktuell einen „historischen Wohlstand“ erreicht habe.
Für das Schlusswort zur Konferenz war eigens EU-Kommissar Günther Oettinger angereist. Oettinger wies darauf hin, wie wichtig die EU für Deutschland sei in einer Welt, in der China eine immer größere Machtposition einnehme. Mit Blick auf den immer wieder aufflackernden Streit zwischen CDU und CSU warnte der frühere Ministerpräsident von Baden-Württemberg eindringlich vor negativen Folgen der unionsinternen Auseinandersetzungen auf die europäische Politik. „Ich mache mir schon Sorgen, dass immer mehr Regierungen und Mitgliedsstaaten nicht stabil sind.“ Innere Streitpunkte würden gerade jetzt auf dem Weg zur Europawahl im Mai nächsten Jahres die Handlungsfähigkeit Europas deutlich erschweren.

“.

Norbert Lins MdEP

Sommertour 2018

Liebe Freundinnen und Freunde der CDU,

auch dieses Jahr nutzte ich wieder die Sommerpause, um meinen Wahlkreis zu bereisen, interessante Unternehmen und Projekte kennenzulernen und mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. An acht Tagen besuchte ich acht Landkreise, mehr als 30 Termine standen auf dem Programm.
Tag drei meiner Sommertour führte mich in die südlichste Region des Regierungsbezirks Tübingen: in den Bodenseekreis. In Immenstaad besuchte ich Bürgermeister Johannes Henne. Mit ihm sprach ich über den Wirtschaftsstandort Immenstaad, der vor allem durch High-Tech-Unternehmen wie Airbus geprägt ist. Außerdem sprachen wir über den Breitbandausbau, wobei ich die Notwendigkeit einer höheren Aufgreifschwelle zur Förderfähigkeit unterstrich. Denn 30 Mbit/s sind heute oftmals nicht mehr ausreichend.
Anschließend ging es weiter zur Sonett GmbH in der Gemeinde Deggenhausertal. Das Stiftungsunternehmen Sonett fertigt und vertreibt Wasch- und Reinigungsmittel, die zu 100% ökologisch abbaubar sind. Das Unternehmen wurde 1977 gegründet und beschäftigt aktuell rund 100 Mitarbeiter. Die nachhaltigen Produkte von Sonett werden in 40 verschiedene Länder exportiert – unter anderem in die gesamte Europäische Union.

Im Anschluss ging es weiter zum Biolandhof mit angeschlossener Gastronomie von Norbert Steidle. Neben der Milchviehhaltung hat sich der landwirtschaftliche Betrieb zunehmend diversifiziert. Mit dem Obstanbau, der Hühnerhaltung und der eigenen Brennerei sind weitere Standbeine hinzugekommen. Nach der Hofbesichtigung kam ich mit Landwirten aus der Region zu einem Gespräch zusammen. Insbesondere die Agrarreform kam dort zur Sprache. Dabei ist es mir wichtig, unsere kleinstrukturierten landwirtschaftlichen Betriebe nicht aus dem Auge zu verlieren sowie einheitliche Lösungen zu schaffen. Im anschließenden Gespräch zeigten sich die Landwirte besorgt über die zunehmende Bürokratie, insbesondere bei der Flächenkontrolle, die ihnen zu schaffen mache. Die geäußerten Sorgen und Anregungen werde ich mit nach Brüssel in den Agrarausschuss nehmen und mich für bessere Lösungen einsetzen.
Den Abschluss fand meine Tour durch den Bodenseekreis in Markdorf bei einer Gesprächsrunde mit dem schönen Titel „I moin halt“. Gemeinsam mit meiner Kollegin Maria Heubuch MdEP diskutierte ich vor Ort über die Zukunft der Europäischen Union. Die Bürger zeigten sich sehr interessiert an der Arbeitsweise des Europäischen Parlamentes. Darüber hinaus sprachen sie zahlreiche andere Themen an, wie die Lösung der Migrationsfrage oder die Entwicklungspolitik. Mit Blick auf die Digitalisierung äußerte ich meine Sorge, dass aufgrund der überwiegend nationalen Verantwortlichkeit eine gemeinsame europäische Agenda nicht vorhanden ist, was Innovationen, wie beispielsweise das grenzüberschreitende autonome Fahren, letztendlich behindert.

Beste Grüße

Ihr Norbert Lins

Norbert Lins MdEP auf Sommertour im Bodenseekreis. Zweite Station: Besuch der Sonett GmbH im Deggenhausertal

Norbert Lins MdEP auf Sommertour im Bodenseekreis. Erste Station: Besuch in Immenstaad bei Bürgermeister Johannes Henne.

.

Norbert Lins MdEP auf Sommertour im Bodenseekreis. Dritte Station: Besuch des Biolandhofes von Norbert Steidle im Deggenhausertal.

Klaus Burger MdL

Knapp 160 000 € aus Stuttgart für Kulturdenkmäler im Bodenseekreis - Denkmalförderung geht in die zweite Runde

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau fördert in der zweiten und letzten Runde in 2018 den Erhalt und die Sanierung von insgesamt 220 Kulturdenkmalen. Dafür werden 11,5 Mio. Euro eingesetzt.
Rechtzeitig zum Tag des offenen Denkmals am kommenden Sonntag, fließen knapp 160 000 € für den Erhalt und Sanierung von Kulturdenkmälern im Bodenseekreis.
Viel Geld fließt auch in dieser Runde in Sanierungsarbeiten an kirchlichen Gebäuden. So wird die St. Petrus Canisius Kirche in Friedrichshafen für die Sanierung des Kirchturms, Pfarrhauses, der Arkaden und Sanierungsarbeiten am Klinkerbauwerk 45 700€ erhalten, für Sanierungsarbeiten am Pfarrhaus St. Nikolaus fließen 12 650€ aus Stuttgart und St. Maria Jettenhausen bekommt 29 230€ für die Instandsetzung des Dachstuhls.
In Eriskirch wird die Sanierung der historischen Holzbrücke mit 34 430€ nachfinanziert und die Kapelle in Meckenbeuren-Laufenen erhält 21 140€ für Dach- und Altarsanierungsarbeiten.
Die Birnauer Basilika erhält für die Restaurierung von sieben Altären eine Finanzspritze in Höhe von 15 400€.

„Die Förderung ist ein wichtiger Beitrag für den Erhalt unserer vielseitigen und beachtlichen Kulturlandschaft in Baden-Württemberg. Ich freue mich daher sehr, dass mit der Förderung wieder verschiedene Maßnahmen zum Schutz dieser besonderen Denkmale in der Förderung berücksichtigt werden konnten, so Klaus Burger MdL.

Insgesamt werden landesweit 97 private Kulturdenkmale, 84 kirchliche und 39 kommunale Denkmale. Die Mittel stammen aus den Erlösen der Staatlichen Toto-Lotto GmbH Baden-Württemberg.

Ulrich Müller

Die CDU-Fraktion verteidigt die Mitgliederrechte

Ein Kommentar des ehemaligen Landtagsabgeordneten Ulrich Müller zur Debatte über ein anderes Landtagswahlrecht

Im ersten Quartal 2018 hat es innerhalb der Landes-CDU und der grün-schwarzen Koalition in Stuttgart ziemlich heftige Turbulenzen über die Frage gegeben, ob das Landtagswahlrecht geändert werden soll. Als ehemaliger CDU-Landtagsabgeordneter des Bodenseekreises will ich die Dinge mal schildern, wie ich sie sehe, nachdem sich – wie so oft – die Emotionen und die publizistische Trommelfeuer gelegt haben. Aber in Erinnerung darf man rufen, wie aufgeregt damals diskutiert wurde: Frauen Union gegen CDU-Landtagsfraktion, Reinhardt (Fraktionsvorsitzender) gegen Strobl (Landesvorsitzender der CDU), CDU unter Koalitionsbruch gegen Grüne, eine sture Fraktion gegen die fortschrittlichen Kräfte. Jetzt mal halb lang – um was ging es?

1. **Die Mitglieder bestimmen und sonst niemand**
   Vor der Landtagswahl stellen die Mitglieder der CDU in einer Urwahl (jedes Mitglied ist stimmberechtigt) alle Landtagskandidaten auf, die Erst- und die Zweitkandidaten, es gibt keinen Abgeordneten, der diese Hürde nicht übersprangen haben muss. Im Vorfeld der Wahl 2016 gingen landesweit ca. 13 000 CDU-Mitglieder zu den Wahlkreisnominierungen, das ist rund ein Fünftel aller CDU-Mitglieder. Im Bodenseekreis waren z. B. bei der Nominierung von Susanne Schwaderer (und Manuel Plösser als Zweitkandidaten) 306 Mitglieder, während aus unserem Kreis nur sechs Mitglieder zu einem Landesparteitag fahren durften, also nur 2 % dieser 306 Mitglieder stimmberechtigt wären.
   Würde man eine Landesliste aufstellen, so würde diese von den 344 Delegierten eines Landesparteitags auf Vorschlag des Landesvorsitzenden und evtl. des Landesvorstandes bestimmt werden. 13.000 Mitglieder wählen aus ihren Reihen die Kandidaten oder 344 Delegierte legen eine Landesliste fest, die möglichst „ausgewogen“ sein soll – was immer das heißen mag – sonst bräuchte man keine solche Liste. 13 000: 344 Das ist wie 38: 1, das bisherige Wahlrecht ist also 38 x basisdemokratischer als es ein künftiges wäre.
2. **Der Abgeordnete ist der Basis verpflichtet, nicht der Spitze**
   Demokratischer ist beim bisherigen Landtagswahlrecht nicht nur das Wahlverfahren, sondern auch das Wahlergebnis: Wer in den Landtag einzieht, verdankt sein Mandat der Nominierung durch die Parteibasis in einem Kreisverband und der Wahl durch die Bürger in einem Wahlkreis. Diesen ist er verpflichtet, von ihnen ist er „abgeordnet“ und niemand kann ihm seine Unabhängigkeit nehmen, solange er eine ausreichende Unterstützung seiner Basis hat. Abgeordnete, die ihr Mandat einer Landesliste verdanken, müssen demgegenüber alles dafür tun, gegenüber der Parteiführung (und bei Regierungsparteien vor allem der Regierung) nicht missliebig aufzufallen. Hätte es schon 2016 eine Landesliste gegeben, so wären 20 von 43 CDU-Landtagsabgeordneten über diese Liste eingezogen (weil wir nur 23 Wahlkreise direkt gewonnen haben). So kommen

zwar schöne Parteikarrieren zu Stande, aber keine freien, selbstbewussten, eigenständigen und basis-/bürgernahen Abgeordneten. (Übrigens: eine Reihe von CDU-Abgeordneten zwischen Konstanz und Ulm wären nicht zum Zug gekommen, das Oberland hätte trotz relativ guter CDU-Ergebnisse über weite Strecken keine Landtagsabgeordneten mehr, denn wenn der CDU-Bewerber nicht direkt gewählt wurde, wäre einer der 20 Landeslistenbewerber zum Zuge gekommen.)

3. **Frauenförderung – gut und schön, aber nicht mit Wahlrechtstricks**
   Vorab: In Südwürttemberg haben wir da wenig Nachholbedarf: Wir haben mit Susanne Schwaderer eine Frau nominiert, wir haben eine Elisabeth Jeggle als Europaabgeordnete gehabt, eine Tanja Gönner als Ministerin, eine Monika Stolz als Ministerin, eine Annette Widmann-Mauz als amtierende Bundestagsabgeordnete und Staatsministerin, eine Stephanie Bürkle als Landrätin und, und, und...

Sollte der Frauenanteil mit Hilfe einer Landesliste erhöht werden, müssten logischerweise ganz überwiegend Frauen auf ihr platziert werden. Doch es gäbe weitere Belange: Wie sieht es mit anderen Bereichen aus, in denen die CDU Zuwachs an Abgeordneten gut gebrauchen könnte: aus den Großstädten, aus den Reihen der Arbeitnehmer, aus der Mitte der Selbstständigen und vielleicht noch unter den Jungen oder den Senioren? Das alles sind berechtigte Anliegen, aber dann müssen in einer Demokratie in Gottes Namen sich eben die innerparteilichen und wahlkreisbezogenen Mehrheiten dafür finden und nicht irgendwelche Quoten oder Schlüssel festgelegt werden.
Auch hierzu noch einige Zahlen: die Europaabgeordneten werden per Landesliste festgelegt, Ergebnis: von 5 Europaabgeordneten in Baden-Württemberg ist eine weiblich – in der Landtagsfraktion ohne Landesliste sind es aber immerhin 23,5 %. Von den 35 CDU-Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg, sind genau 3 weibliche (unter 10 %)) obwohl es eine Landesliste gibt. Das letztliche Ergebnis, also beispielsweise wie viel Frauen wirklich ins Parlament einziehen, hängt eben auch stark vom Wahlergebnis ab. Gerade, wenn die Ergebnisse so um die 30 % herum schwanken, kann es sein, dass fast alle Abgeordneten, die einer Partei zustehen, direkt gewählt worden sind und die Landesliste leer ausgeht, oder dass sie schon bei kleinen Änderungen im Wahlergebnis – viele Direktmandate verloren hat und dadurch sehr viele über die Landesliste einziehen. Im Ländle hat über Jahrzehnte fast jeder CDU-Landtagsabgeordnete ein Direktmandat gewonnen, nur 2016 nicht – und entsprechend sind vor zwei Jahren viele Grüne direkt gewählt worden (die sich jetzt gerne wie in einem Selbstbedienungsladen über eine Landesliste absichern lassen würden, denn wer weiß schon, wie die nächste Wahl ausgeht).
Der Anteil von Frauen und anderen Personengruppen, von denen die CDU mehr Repräsentanten haben sollte, kann und muss also beim bestehenden Wahlrecht verbessert werden.

4. **Auf den Wähler kommt es an**

Es stimmt schon: Die CDU -Abgeordneten rekrutieren sich zu einem überwiegenden Teil aus dem Ländlichen Raum, die SPD-Abgeordneten eher aus Industrieschwerpunktregionen, die Grünen (bis auf 2016) aus dem unistädtischen Milieu und die Wähler von FDP und der jeweiligen Rechtspartei (NPD, Republikaner, AfD) aus ihren seit der Vorkriegszeit stammenden regionalen Schwerpunkten. Das alles prägt auch die Politik und das Profil der Parteien. Niemand ist überall ungefähr gleich stark. Aber so ist es halt: Der Wähler hat es so gewollt und dann soll es auch so sein. Es würde dem Wähler und dem Wahlkreis darüber hinaus nicht gerecht, wenn durch eine Landesliste nicht nur die Zweitauszählung, sondern auch die Zweitkandidaten wegfielen. Wäre mir beispielsweise in meiner Zeit als Abgeordneter etwas zugestoßen und ich wäre aus dem Landtag ausgeschieden, dann wäre der Nachrücker für mich vielleicht aus Karlsruhe oder Heidenheim gekommen. Die Kreis-CDU und die Bürger des Bodenseekreises wären die Gelackmeierten gewesen.
Noch immer gibt es durch die Persönlichkeitswahl und das Verhältniswahlrecht (zwei Prinzipien, die

in unserer Landesverfassung stehen!) einen gewissen Ausgleich und eine Mischung. Aber dass die CDU in den Regionen die meisten Landtagsabgeordneten stellen sollte, in denen sie die meisten Stimmen geholt hat, ist nicht mehr alles recht billig. Und wenn sie in anderen Bereichen punkten will, dann muss sie entsprechende Politik machen. Und das klappt sogar, wenn man an die Jahrzehnte denkt, in denen wir – quer durch Land – absolute Mehrheiten geholt haben. Den Wähler kann man nicht mit einer wie auch immer zu Recht gestutzten Landesliste austricksen – er bleibt der Souverän und die Parteien sollten die Profile, Kandidaten und Abgeordneten haben, mit denen sie beim Wähler erfolgreich sind.

5. Von wegen „Koalitionsbruch“

Es stimmt, dass in der Koalitionsvereinbarung eine Landesliste anstelle einer Zweitauszählung (gleichfalls von der Basis nominierte Kandidaten ins Parlament bringt) vorgesehen war. Aber ein „Bruch“ im Sinne einer Verletzung der Geschäftsgrundlage oder des Vertrauensverhältnisses war es nicht, wenn diese Passage nach dem Willen der CDU-Fraktion nicht umgesetzt wird.

Schon in der Wahlperiode 2011 bis 2016 wollte die damalige grün-rote Koalition das Landtagswahlrecht ändern und hat sich dann doch auf keine gemeinsame Linie verständigt.

- Wahlrechtsänderungen sollten eine breite Zustimmung im Parlament finden und können nur von den Abgeordneten selbst vorgenommen werden. Eine „Koalitionsdisziplin“ passt da nicht.
- Hätte man über die im Koalitionsvertrag vorgesehene Änderung im Landtag geheim abgestimmt, hätte es – quer durch alle Fraktionen – keine Mehrheit gegeben. Woraus man das ableiten kann? Ganz einfach: alle Abgeordneten verdanken ihr Mandat dem heute geltenden Wahlrecht.

Auch andere Teile des Koalitionsvertrages werden nicht umgesetzt. Gerade wir im Bodenseekreis können ein Lied davon singen: die CDU hat in den Verhandlungen mit den Grünen eine Förderung des Flughafens und der Umfahrungen von Bermatingen und Salem-Neufrach durchgesetzt. Minister Herrmann von den Grünen und der örtliche Landtagsabgeordnete Hahn vor Ort scheren sich nicht darum. Das ist Koalitionsbruch in grün.

FAZIT: Es war gut, dass die CDU Fraktion einstimmig (!), also auch mit den Stimmen ihrer weiblichen Mitglieder, das basisnahe, demokratische und gerechte Landtagswahlrecht verteidigt hat. Jedes einzelne Mitglied hat dadurch einen unmittelbaren und ausschließlichen Einfluss darauf, wer in den Stuttgarter Landtag einzieht.

September 2018

E I N L A D U N G

Klaus Burger MdL und der CDU Kreisverband Bodenseekreis laden ein

zur vorweihnachtlichen Fahrt

nach Stuttgart mit einem Besuch des Landtags von Baden-Württemberg und des Weihnachtsmarktes

am Freitag, 7. Dezember 2018

Weitere Informationen und Anmeldung in der Kreisgeschäftsstelle bei Herrn Manfred Ehrle möglich unter Telefon 0751/560 925 20 oder Email info@cdu-bodenseekreis.de

Wir laden ein zur

18. Ailinger Waldweihnacht
Samstag, 22. Dezember 2018

17:00 Uhr zum Laternenmarsch
Treffpunkt Dorfgemeinschaftshaus
oder 17:30 Uhr auf dem Horach

Alle Bürgerinnen und Bürger, besonders die Kinder, laden wir herzlich zu unserer 18. Ailinger Waldweihnacht ein. Um 17:00 Uhr trifft man sich zum Laternenmarsch am Dorfgemeinschaftshaus in Lottenweiler (dort kann geparkt werden), um dann von dort aus mit Laternen und Taschenlampen über den Martinshof zum Horach zu gehen. Alle, die nicht mitlaufen möchten, treffen sich um 17:30 Uhr auf dem Horach. Dort werden wir dann gemeinsam bei Weihnachtsmusik auf den Nikolaus warten, der für die kleinen Gäste eine Überraschung bei sich hat.
Für die Verpflegung wie z. B. Wurst und Wecken, Glühwein, Kinderpunsch und andere Getränke ist gesorgt (wenn möglich, bitte eigene Tasse mitbringen).

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns in diesem Jahr zu unserer Waldweihnacht besuchen.

Ihr CDU-Ortsverband Ailingen

IMPRESSUM

Herausgeber: CDU- KV Bodenseekreis Bahnhofstr. 8, 88250 Weingarten,
Tel. 0751/560 925 20, Fax 0751/ 560 925 50,
Email info@cdu-bodenseekreis.de

Verantwortlich: Volker Mayer-Lay, Beate Künze, Daniela Dietrich, Manfred Ehrle

Bitte senden Sie Ihre Beiträge an cduintern@cdu-bodenseekreis.de